

Kontakt Holger Paul
Telefon +49 69 66 03-1922
E-Mail holger.paul@vdma.org
Datum 28.09.2023

Kommunikation

„Neue Regeln der Exportförderung sind ein Bären dienst für den Klimaschutz“

Frankfurt, 28. September 2023 – Die Bundesregierung will die Vergabe von Exportkredit- und Investitions garantien, die im internationalen Wettbewerb von entscheidender Bedeutung sind, künftig an enge klimapolitische Vorgaben knüpfen. In der Praxis werden diese gut gemeinten, aber völlig überzogenen Vorgaben zu erheblichen Nachteilen für deutsche Exporteure führen – gerade in jenen Entwicklungs- und Schwellenländern, für die die Förderinstrumente gedacht sind. Denn internationale Konkurrenten aus Asien und den USA werden künftig in diesen Ländern deutlich bessere Finanzierungsbedingungen zum Beispiel für Maschinen und Anlagen mitbringen als ihre deutschen Wettbewerber.

„Die sogenannten klimapolitischen Sektorleitlinien für Exportkredit- und Investitions garantien dürfen deshalb nicht zum 1. Oktober in Kraft treten. Wir fordern dringend eine Verschiebung und Nachbesserungen – auch im Sinne des Klimaschutzes. Denn diese Verschärfung der Exportförderung wird zum Beispiel dazu führen, dass alte fossile Kraftwerke in Entwicklungs- und Schwellenländern nicht mehr mit High-Tech-Lösungen aus Deutschland nachgerüstet werden. Stattdessen wird dort simplere Technologie aus anderen Ländern eingesetzt werden, was dem Klima einen Bären dienst erweist“, warnt Jürgen Nowicki, und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Großanlagenbau im VDMA und CEO Linde Engineering.

Deutscher Alleingang schadet der Industrie

Die Maschinenbauindustrie kritisiert zudem, dass die Bundesregierung in der Exportförderung einen Sonderweg einschlägt, der nicht von anderen EU-Ländern mitgetragen wird. Die Sektorleitlinien orientieren sich offensichtlich an der EU-Taxonomie, die aber kein international anerkanntes Klimastandard ist und daher für die Wettbewerber aus Drittstaaten keine Relevanz hat. Hinzu kommt, dass die jetzt geplante Regelung bereits 2025 ein weiteres Mal

verschärft werden könnte. „Das bedeutet erhebliche Planungsunsicherheiten, da größere Maschinenbauprojekte oft Laufzeiten von mehreren Jahren haben, für die eine Finanzierung gesichert sein muss. Deutschland will den Entwicklungs- und Schwellenländern de facto vorschreiben, wie sie sich modernisieren sollen. Aber wir müssen anerkennen, dass souveräne Länder ihre eigenen Wege auch im Klimaschutz gehen. Und wir sollten der deutschen Industrie die Möglichkeit geben, sie dabei zu unterstützen, statt die Unternehmen in ein immer engeres Korsett zu zwingen. Deshalb sollte der Fokus der Exportförderung auf Anreizen für die ausländischen Kunden liegen und nicht auf Verboten für bestimmte Technologien“, betont VDMA-Hauptgeschäftsführer Thilo Brodtmann.

Ein Foto von VDMA-Hauptgeschäftsführer Thilo Brodtmann finden Sie [hier](#).

Der VDMA vertritt 3600 deutsche und europäische Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus. Die Industrie steht für Innovation, Exportorientierung und Mittelstand. Die Unternehmen beschäftigen insgesamt rund 3 Millionen Menschen in der EU-27, davon mehr als 1,2 Millionen allein in Deutschland. Damit ist der Maschinen- und Anlagenbau unter den Investitionsgüterindustrien der größte Arbeitgeber, sowohl in der EU-27 als auch in Deutschland. Er steht in der Europäischen Union für ein Umsatzvolumen von geschätzt 770 Milliarden Euro. Rund 80 Prozent der in der EU verkauften Maschinen stammen aus einer Fertigungsstätte im Binnenmarkt.